

Das "Gedöns" und die Geschlechter

Deutschland braucht mehr Gleichberechtigung – sonst bleiben die Geburtenraten niedrig

Von Norbert F. Schneider und Martin Bujard

18. Juli 2013, 8:00 Uhr Editiert am 25. Juli 2013, 18:55 Uhr 64 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 30/2013



INHALT

1. **Seite 1** — Das "Gedöns" und die Geschlechter
2. **Seite 2** — Die Familienpolitik braucht auch eine adäquate Kommunikationsstrategie

Auf einer Seite lesen

In keinem anderen Land Europas steht Familienpolitik derart unter Ideologieverdacht wie in Deutschland. Auf ihren Kampffeldern verständigt sich die Gesellschaft über ihre Leitbilder. "Rabenmütter" treten gegen "Latte-macchiato-Mütter" an und "Softies" gegen "Machos". Beide scheinen jeweils in völlig verschiedenen Welten zu leben. Ein positiv besetztes Familienbild fehlt.

Wir brauchen Antworten auf die Fragen: Wie sollen Männer und Frauen im 21. Jahrhundert zusammenleben? Mit welchem familienpolitischen Fahrplan? Wie kann man wirtschaftliche Interessen mit denen von Familien in Einklang bringen? Will man hier weiterkommen, braucht es klare Zielmaßgaben. Mehr Geburten und mehr Mütter auf dem Arbeitsmarkt sind zwar wichtige Ziele. Aus unserer Sicht hat aber ein anderes Ziel Priorität: das Wohl von Kindern und Eltern.

Trotz vielfältiger Reformen wird die deutsche Familienpolitik oft als teuer, inkonsistent und wenig effektiv kritisiert. Dabei sind heute Politiker fast aller Parteien einig, dass der Wandel von der Hausfrauenehe zum Zweiverdienerhaushalt aus ökonomischen, emanzipatorischen und demografischen Gründen anliegt.

Jahrzehntelang hat die Politik die Lebensrealität junger Familien nicht adäquat wahrgenommen. Erst vor drei Legislaturperioden hatte man damit begonnen, Gesetze zu modernisieren oder neu zu schmieden. Das Elterngeld und die damit verbundenen Vätermomate sind Resultat dieser Modernisierungen, ebenso der Ausbau der Kinderbetreuung, die eingetragene Lebenspartnerschaft und die veränderte Rechtsauffassung beim Ehegattenunterhalt. In kürzester Zeit wurde mehr in die Wege geleitet als in dreißig Jahren davor.

MARTIN BUJARD

ist Politologe und Senior Researcher am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB).

Nun drohen die wertvollen Reformen allerdings auf halbem Wege stecken zu bleiben, eine übergeordnete Strategie ist nicht zu erkennen. Das führt zu elementaren Widersprüchen. Deutlich wird dies etwa beim angestrebten weiteren Kita-Ausbau und der gleichzeitigen Einführung des Betreuungsgeldes für zu Hause erziehende Frauen.

Zahlreiche Studien belegen, dass sich Kinder dann am besten entwickeln, wenn ihre Eltern zufrieden sind. Und deren Zufriedenheit lässt sich grundsätzlich durch drei Mechanismen verbessern: wirtschaftliche Stabilität, Chancengleichheit und Wahlfreiheit.

NORBERT F. SCHNEIDER

ist Direktor des BiB und Gastprofessor am Institut für Soziologie der Universität Mainz.

Familien müssen sich ökonomisch einigermaßen sicher fühlen – und zwar über längere Zeiträume. Dies gelingt unter anderem auch durch einen Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse, eine Verbesserung des Angebots an Arbeitsplätzen unterhalb von 40 Wochenstunden, bei flexiblen Arbeitszeiten, und durch den Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung. Chancengleichheit wiederum bedeutet: Kinder müssen sich unabhängig von ihrer sozialen Herkunft entwickeln können. Dazu gehört auch, dass die Kinder als gleich angesehen und unterschiedliche Familienkonzepte vorbehaltlos toleriert werden. Wahlfreiheit schließlich bedeutet, dass eine demokratische Mehrheitsgesellschaft damit leben können muss, wenn Menschen – in den rechtlich gesteckten Grenzen – ihr (Familien-)Leben so gestalten, wie sie es für richtig erachten. Wir glauben, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden würden, wenn diesen drei Kriterien mehr Bedeutung beigemessen würde. Was müsste nun also passieren?

Zunächst sollten die eklatantesten familienpolitischen Widersprüche ausgeräumt werden. Wie soll man den Wählern etwa vermitteln, dass in Deutschland derzeit sowohl die "Hausfrauenehe" (Ehegattensplitting) als auch das Zweiverdienermodell (neue Rechtsprechung zum Ehegattenunterhalt) gefördert werden? Die Ausgaben für ehe- und familienbezogene Leistungen betragen nach Angaben des Bundesfamilienministeriums derzeit etwa 200 Milliarden Euro jährlich. Wenn das Betreuungsgeld kommt, wären das weitere 1,3 Milliarden. Während die aktuelle Debatte hauptsächlich darum kreist, ob wir mehr oder weniger ausgeben sollten, bleibt die Frage, ob wir das Geld besser anders ausgeben können, im Hintergrund. Das bedeutet: Deutschland investiert viel in Geldleistungen für Familien, während andere Länder auf den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur setzen. Die Betreuung ist seit 2004 durch das Ganztagschulprogramm und den Ausbau der Krippen erheblich verbessert worden, jedoch übersteigt in Westdeutschland die Nachfrage nach solchen Einrichtungen das Angebot an Ganztagschulen und -Kitas weiterhin deutlich. Die vorliegenden empirischen Befunde zeigen, dass diese Nachfrage noch lange nicht gedeckt werden kann.

Als Nächstes ist eine aktiv betriebene Geschlechtergleichstellung nötig: Solange Erziehungsarbeit einseitig zulasten der Frauen geht und Männer hauptsächlich das Geld verdienen, wird die Familienpolitik nicht vorankommen. Internationale Vergleiche mit OECD-Ländern belegen, dass Gleichberechtigung und höhere Geburtenraten Hand in Hand gehen,

mehr noch: Es lässt sich zeigen, dass fehlende Gleichberechtigung und "patriarchalische" Strukturen mit geringerem familiärem Wohlbefinden, weniger Kindern und einer geringeren Beteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt verbunden sind. Diese Befunde müssen in Deutschland stärker als bislang zur Kenntnis genommen und breiter kommuniziert werden.

Auch das braucht die deutsche Familienpolitik: eine adäquate Kommunikationsstrategie. Zunächst sollte den Menschen begreiflich gemacht werden, mit welchem familienpolitischen Gesellschaftsprojekt die derzeitigen Reformen einhergehen. Wir haben ein Mammutprojekt vor uns: Die Folgen des demografischen Wandels und des Wandels der Geschlechterrollen müssen bewältigt werden. Dies kann nur gelingen, wenn der Widerspruch zwischen Beruf und Familie in seiner heutigen Vehemenz aufgelöst wird. Junge Frauen und Männer, die sich sowohl eine Berufstätigkeit als auch eine Familie wünschen, sollen zukünftig die Sicherheit haben, beides erreichen zu können.

Dafür muss es möglich sein, die Arbeit oder das Studium guten Gewissens für eine bestimmte Zeit unterbrechen zu können, um Kinder zu bekommen. Die Rückkehr in weitere Qualifikations- oder Berufsphasen – Teil- oder Vollzeit – muss dann so geschmeidig verlaufen, dass die Karriere nicht unnötig gebremst wird. Zu dieser gesellschaftspolitischen Vision gehört auch, dass Paare selbst über ihre Zeit bestimmen können und ihre Einkommen gleichmäßiger im Lebensverlauf verteilt sind.

Ein zentrales Ziel der strategischen Kommunikation ist, familienpolitische Verlässlichkeit und gesellschaftliche Wertschätzung zu vermitteln – sie soll Lust auf Kinder machen. Eine solche, sagen wir ruhig Vision kann aus der Politik heraus kommen, aber auch aus der Gesellschaft noch nachdrücklicher in die politische Arena getragen werden. Die Chancen sind da: Einst als "Gedöns" verspottet, wird Familienpolitik ein Kernthema im Wahlkampf.